Bericht zum LkSG (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)

Berichtszeitraum von 01.01.2023 bis 31.12.2023

Name der Organisation: ArcelorMittal Germany Holding

Anschrift: Dradenaustraße 33, 21129 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

A. Strategie & Verankerung	1
A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung	1
A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie	5
A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation	9
B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen	12
B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse	12
B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	20
B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	25
B5. Kommunikation der Ergebnisse	29
B6. Änderungen der Risikodisposition	30
C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen	31
C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	31
C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	32
C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern	33
D. Beschwerdeverfahren	34
D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren	34
D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren	39
D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens	41
E. Überprüfung des Risikomanagements	44

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Welche Zuständigkeiten für die Überwachung des Risikomanagements waren im Berichtszeitraum festgelegt?

Die Überwachung des Risikomanagements von menschenrechts- und umweltbezogenen Risiken im eigenen Geschäftsbereich erfolgt durch die Menschenrechtsbeauftragten, in diesem Bericht auch MRB.

Für den deutschen Geschäftsbereich, welcher ca. 40 Standorte/Niederlassungen umfasst, gibt es einen übergeordneten MRB auf der Ebene der ArcelorMittal Germany Holding. Diese Funktion übernimmt Arne Langner.

Der ArcelorMittal Germany Holding arbeitet ein Netzwerk aus Ansprechpartner:innen für die Risikoanalyse im eigenen Geschäftsbereich zu. Zwei ArcelorMittal Standorte unter der Holding fallen direkt unter das LkSG. Die Berichte von ArcelorMittal Bremen und ArcelorMittal Eisenhüttenstadt sind auf den entsprechenden Websites zu finden. Beide Standorte haben jeweils eine:n eigene:n MRB.

Die Überwachung des Risikomanagements bei Lieferanten wird zentral über die European Procurement Organisation, EPO, geleitet. Die Verantwortlichkeiten sind wie folgt aufgeteilt:

- CEO ArcelorMittal Sourcing & EPO
- Head of System, Process & Compliance - Leiter System, Prozesse & Compliance
- Vendor Management, Responsible Sourcing & Compliance expert
- ESG Lead at EPO
- lokale SPC Teams

Der Einkauf sitzt zentralisiert in Luxemburg. Die "European Procurement Organisation", kurz EPO, ist für die Durchführung der Risikobewertung und Due Diligence bei Lieferanten in deren Zuständigkeitsbereich verantwortlich. Due-Diligence-Aktivitäten basieren auf international anerkannten Standards, geltenden Gesetzen und Vorschriften, einschließlich der Grundwerte und Strategien, die in unseren ArcelorMittal-Richtlinien zum Ausdruck kommen. Die Verantwortung liegt beim Responsible Sourcing, kurz RS,-Team und den Teams innerhalb der System-, Prozess und Compliance-Abteilung, mit Sitz in Luxemburg und in den 6 Hubs in Europa - Deutschland, Frankreich Nord, Frankreich Süd, Spanien, Polen, Belgien. Es kann zusätzliche Beschaffungsteams geben, die vor Ort bestimmte lokale Kategorien unterstützen und dabei denselben Compliance- und Risikomanagementprozess der ArcelorMittal-Gruppe befolgen.

Konzernebene:

- Human Rights and Social Performance Manager

- Head of Group Sustainable Development

ArcelorMittals Abteilung für Corporate Sustainability hat die Gesamtaufsicht über das ESG-Risikomanagement; z.B. die Human Rights and Social Performance Managerin hat die Aufsicht über die Risikobewertung, die Angemessenheit der Präventions- und Abhilfemaßnahmen, das Funktionieren des Beschwerdemechanismus und die Meldung von Menschenrechtsrisiken.

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Hat die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert, der gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird?

Es wird bestätigt, dass die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert hat, der i. S. d. § 4 Abs. 3 LkSG gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird.

- Bestätigt

Beschreiben Sie den Prozess, der mindestens einmal im Jahr bzw. regelmäßig die Berichterstattung an die Geschäftsleitung mit Blick auf das Risikomanagement sicherstellt.

Grundsätzlich gilt für alle Standorte des ArcelorMittal Konzerns, dass jede Standortleitung dafür Sorge zu tragen hat, dass ein Risikomanagementsystem gemäß der Konzernrichtlinie, siehe <https://corporate.arcelormittal.com/media/5arnjz3/230315-risk-management-policy.pdf>, eingerichtet sein muss.

Die Risikoanalyse eines jeden Standorts liegt in der Verantwortlichkeit der dort bestimmten Ansprechpartner:innen und der entsprechenden Geschäftsführung, "GF". Die Ergebnisse der Umsetzung der Sorgfaltspflichten werden über die Ansprechpartner:innen und die GF an die GF der ArcelorMittal Germany Holding kommuniziert. Für jegliche Fragen stehen hier der MRB für Deutschland und die Verantwortliche für die Organisation der Umsetzung der LkSG Sorgfaltspflichten, die Sachbearbeiterin LkSG - später Expertin für Nachhaltigkeit in Eisenhüttenstadt, zu Verfügung. Aktuelle Themen werden im Meeting of the Board besprochen, welche einmal im Quartal und bei Bedarf stattfindet.

Einkaufsebene:

Es gibt mehrere wiederkehrende Kanäle, über die die Geschäftsführung von EPO über das Risikomanagement informiert wird. Die wichtigsten Kanäle bezüglich der Lieferkette sind die Folgenden:

1.

Vierteljährliche Business Area Reviews, bei denen die Teams die Ergebnisse und Herausforderungen ihrer Aktivitäten, darunter fallen, was gut gelaufen ist, was schief gelaufen ist, Risiken und Aktionspläne, direkt der Geschäftsführung von EPO präsentieren. Dies unterstützt Top-Down- und Bottom-Up-Ansätze.

2.

Während der vierteljährlichen Cluster-Reviews, bei denen Vertreter der Beschaffungsteams ihre

Aktivitäten direkt mit der lokalen Standortleitung, auf Länderebene kommunizieren. Dazu gehören CEO/COO und transversale Teams.

3.

Regelmäßige Meetings mit Standorten durch das ArcelorMittal Beschaffungsteam für Rohmaterialien und den entsprechenden Cluster Teams für Rohmaterialien.

4.

Regelmäßige Feedback-Gespräche, die mit dem Team der Landesvertreter vor Ort organisiert werden. Die Organisation erfolgt nach Ländern.

5.

Das Compliance-Netzwerk des Konzerns und die Nachhaltigkeitsteams des Unternehmens unterstützen außerdem bei der Umsetzung der Due Diligence und der Kommunikation mit dem Compliance-Netzwerk, um eine vollständige Abdeckung sicherzustellen, einschließlich aller Tochtergesellschaften.

6.

Vierteljährliche Reviews mit dem Prüfungs- und Risikoausschuss, die verschiedene Risikokategorien abdecken, darunter Beschaffung und Lieferkette, Gesundheit und Sicherheit, Nachhaltigkeit, Recht und Compliance.

Die Risikoanalyse für unmittelbare Lieferanten erfolgt über das DowJones System.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Liegt eine Grundsatzklärung vor, die auf Grundlage der im Berichtszeitraum durchgeführten Risikoanalyse erstellt bzw. aktualisiert wurde?

Die Grundsatzklärung wurde hochgeladen

<https://germany-relaunch-preprod.arc.cms.icteam.net/icc/arcelor/med/0d5/0d570d3a-1998-1b81-c508-3bda28bfaa01,11111111-1111-1111-1111-111111111111.pdf>

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Wurde die Grundsatzklärung für den Berichtszeitraum kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Grundsatzklärung gegenüber Beschäftigten, gegebenenfalls dem Betriebsrat, der Öffentlichkeit und den unmittelbaren Zulieferern, bei denen im Rahmen der Risikoanalyse ein Risiko festgestellt wurde, kommuniziert worden ist.

- Bestätigt

Bitte beschreiben Sie, wie die Grundsatzklärung an die jeweiligen relevanten Zielgruppen kommuniziert wurde.

In die Erstellung der Grundsatzklärung wurden bereits relevante Zielgruppen wie die Arbeitsnehmervertretung und relevante Abteilungen wie Umwelt, Arbeitssicherheit und Compliance mit einbezogen. Die Grundsatzklärung der ArcelorMittal Germany Holding ist angelehnt an die Grundsatzklärungen aus Bremen und Eisenhüttenstadt. Beide Standorte fallen separat unter das LkSG. Die jeweiligen Grundsatzklärungen sind auf den entsprechenden Websites zu finden.

Die ArcelorMittal Germany Holding umfasst in Deutschland verschiedene Standorttypen unterschiedlicher Größe: Produktionsstandorte für Lang- und Flachstahl, für Stahltrapez-, Dach- und Trapezprofile, Spundwände, Blankstahl, Stahlrohrlösungen und viele weitere Produkte. Hinzu kommen Standorte aus den Bereichen Recycling, Schienentransport, Stahlhandel, Forschung, Energie, Service Center und mehr. Damit ist ArcelorMittal Deutschland ein sehr vielfältiger Teil des weltweit aktiven Stahlkonzerns ArcelorMittal.

Die finale Grundsatzklärung der Holding wurde im Internet veröffentlicht und mit den LkSG Ansprechpartner:innen und Geschäftsführer:innen aller deutschen Standorte geteilt. Das PDF Dokument ist auf der ArcelorMittal Germany Holding Website unter der Rubrik "Nachhaltigkeit - Lieferkettengesetz" zu finden.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Welche Elemente enthält die Grundsatzklärung?

- Einrichtung eines Risikomanagement
- Jährliche Risikoanalyse
- Verankerung von Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Bereitstellung eines Beschwerdeverfahrens im eigenen Geschäftsbereich, bei Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Dokumentations- und Berichtspflicht
- Beschreibung von menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Erwartungen an eigene Beschäftigte und Zulieferer

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Beschreibung möglicher Aktualisierungen im Berichtszeitraum und der Gründe hierfür.

Es wurde keine Aktualisierung vorgenommen, da für den Berichtszeitraum 01.01.23 bis 31.12.23 keine Verletzungen von Risiken festgestellt wurden. Die jährliche Revision ist für Mai 2024 geplant. Die Revision wird Verbesserungen und Erfahrungswerte aus dem vergangenen Berichtszeitraum beinhalten, inklusive der hier im Bericht genannten priorisierten Risiken.

A. Strategie & Verankerung

A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation

In welchen maßgeblichen Fachabteilungen/Geschäftsabläufen wurde die Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb des Berichtszeitraums sichergestellt?

- Personal/HR
- Standortentwicklung/-management
- Umweltmanagement
- Arbeitssicherheit & Betriebliches Gesundheitsmanagement
- Kommunikation / Corporate Affairs
- Einkauf/Beschaffung
- Zulieferermanagement
- CSR/Nachhaltigkeit
- Recht/Compliance
- IT / Digitale Infrastruktur

Beschreiben Sie, wie die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie innerhalb der verschiedenen Fachabteilungen/Geschäftsabläufe verteilt ist.

Aufgrund der Diversität der deutschen ArcelorMittal Standorte in Hinblick auf Unternehmensgröße, Ressourcen, Umfang der Geschäftstätigkeit und vorhandener Expertise, wird die Umsetzung der Menschenrechtsstrategie in Zusammenarbeit mit dem MRB der Holding von Bremen und Eisenhüttenstadt aus gesteuert. Dazu gehört die Unterstützung der Standorte mit Expertenwissen, sofern es in den lokalen Umwelt-, Compliance- und Personalabteilungen nicht entsprechend stark ausgeprägt ist.

Die Umsetzung der Menschenrechtsstrategie an den Standorten Bremen und Eisenhüttenstadt kann den entsprechenden BAFA Berichten entnommen werden. Die Standorte Duisburg und Hamburg streben ebenfalls, wie Bremen und Eisenhüttenstadt, eine ResponsibleSteel "RS" Zertifizierung an. Der RS Standard enthält 13 Prinzipien wie bspw. Arbeitnehmerrechte, Arbeitsrecht, Menschenrechte im Allgemeinen und weitere Prinzipien, u.a. auch zu Umweltthemen. In Vorbereitung auf die Zertifizierung müssen die Prinzipien und damit auch die Menschenrechtsstrategie in den Unternehmen verankert werden.

Die Menschenrechtsstrategie auf Konzernebene - Fachabteilung Einkauf/Beschaffung + Zulieferermanagement:

Das ArcelorMittal-Team für nachhaltige Unternehmensentwicklung "Corporate Sustainable Development Team", einschließlich des ArcelorMittal Human Rights & Social Performance

Managers, gibt eine ArcelorMittal weite Strategie für Nachhaltigkeit, einschließlich Menschenrechte, für die ArcelorMittal-eigenen Betriebe und die Wertschöpfungskette vor. Die über die gesamte Organisation verteilten Compliance-Beauftragten setzen die Strategie in der Wertschöpfungskette um, indem sie die Richtlinien des ArcelorMittal Konzerns in ihren Zuständigkeitsbereich und die verschiedenen Abteilungen integrieren.

Der Einkauf ist für die Umsetzung der Strategie in der Lieferkette verantwortlich, sie umfasst die Rohstofflieferanten des ArcelorMittal Konzerns. Diese Verantwortung wird speziell dem Team für verantwortungsbewusste Beschaffung, den Mitgliedern des SPC-Teams und dem EPO-Compliance Officer innerhalb der Abteilung Systeme, Prozesse und Compliance mit Sitz in Luxemburg zugewiesen. Sie sind die Hüter der Prozesse und verantwortlich für die Umsetzung der Menschenrechtsstrategie in der Lieferkette. Es gibt Beschaffungsteams, die vor Ort in anderen spezifischen Kategorien unterstützen.

Beschreiben Sie, wie die Strategie in operative Prozesse und Abläufe integriert ist.

Die Einbettung der Menschenrechtsstrategie in operative Prozesse erfolgt durch mehrere Komponenten. Zunächst werden viele Prozesse an den Standorten durch die Umsetzung von Normenanforderungen überwacht. Hierzu gehören Zertifizierungen nach ISO 45001 "Management für Sicherheit & Gesundheit bei der Arbeit", ISO 14001 "Umweltmanagement", ISO 50001 "Energiemanagement" inkl. CO2 und ResponsibleSteel. Die vorhandenen Zertifizierungen können bei den Standorten abgefragt werden, wobei nicht jeder Standort alle Zertifizierungen besitzt. Falls ein Standort kein lokales Compliance Office hat, steht übergeordnet vom ArcelorMittal Konzern ein Compliance Officer zur Verfügung.

Des Weiteren stellt die Risikoanalyse eine Rückkopplungsfunktion in alle operativen Bereiche dar. Sollte eine Verletzung eines Risikos stattfinden, so werden entsprechende Maßnahmen in der Risikoanalyse hinterlegt und nachverfolgt. Nach Verletzung eines Risikos wird das entsprechende Risiko neu eingeschätzt. Die Verantwortung der Risikoanalyse liegt jeweils in der Hand der am Standort benannten verantwortlichen Person. Die Ergebnisse werden zentral mit der Holding und den entsprechenden Expert:innen kommuniziert.

Auf Konzern- und Einkaufsebene wird die Menschenrechtsstrategie über die "Corporate Human Rights and Social Performance Managerin" in betriebliche Prozesse und Verfahren integriert. Die ArcelorMittal Menschenrechtsrichtlinie wurde aktualisiert, um das Management von Menschenrechtsfragen zu stärken und die Verpflichtung von ArcelorMittal hervorzuheben, um proaktiv zu handeln und um negative Auswirkungen auf die Menschenrechte zu vermeiden. Insbesondere geht es um Auswirkungen auf Mitarbeiter:innen, Auftragnehmer:innen, Arbeitnehmer:innen innerhalb der ArcelorMittal Wertschöpfungskette, Mitglieder von Gemeinden und alle anderen Personen, deren Menschenrechte durch Aktivitäten von ArcelorMittal beeinträchtigt werden könnten. Die Menschenrechtsrichtlinie ist hier zu finden: https://corporate.arcelormittal.com/media/thgfikfj/human-rights-policy_de.pdf.

Zusätzlich hat es bereits Ende 2022 eine Qualifizierung für Menschenrechtsbeauftragte gegeben, um sicherzustellen, dass betroffene Kolleg:innen über Menschenrechtsrisiken informiert und entsprechend qualifiziert sind. Außerdem wurden im Einkauf die Menschenrechtskriterien für die Lieferkette überarbeitet und gestärkt, um sie als Schlüsselkriterien für die Due-Diligence-Prüfung der Lieferanten - für die Qualifizierung und die Lieferantenleistungsbewertung - zu berücksichtigen. Für die Verantwortlichen des Lieferantenmanagements wurden Schulungen durchgeführt.

Beschreiben Sie, welche Ressourcen & Expertise für die Umsetzung bereitgestellt werden.

- für alle Standorte, oder gruppiert für mehrere Niederlassungen, jeweils eine Ansprechperson für die Risikoanalyse
- Sachbearbeiterin LkSG in Eisenhüttenstadt (später Expertin Nachhaltigkeit)
- Compliance Offices in Bremen und Eisenhüttenstadt als Ansprechpartner:innen
- Menschenrechtsbeauftragter der ArcelorMittal Germany Holding
- Country Manager der ArcelorMittal Germany Holding

Ressourcen aus dem ArcelorMittal Konzern:

- ESG Verantwortliche im Bereich Einkauf, 1 FTE
- Verantwortliche für Whistleblowing Meldungen bei Corporate Compliance und Global Assurance
- Corporate Human Rights und Social Performance Manager, 1 FTE
- Compliance Officer Netzwerk

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurde im Berichtszeitraum eine regelmäßige (jährliche) Risikoanalyse durchgeführt, um menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken zu ermitteln, zu gewichten und zu priorisieren?

- Ja, für den eigenen Geschäftsbereich
- Ja, für unmittelbare Zulieferer

Beschreiben Sie, in welchem Zeitraum die jährliche Risikoanalyse durchgeführt worden ist.

Die Risikoanalyse wurden von den Standorten im Zeitraum November bis Dezember 2023 durchgeführt.

Die Risikoanalyse von Lieferanten erfolgt auf kontinuierlicher Basis und wird durch das Einkaufsteam in Luxemburg durchgeführt.

Beschreiben Sie das Verfahren der Risikoanalyse.

Zunächst wurde das LkSG Netzwerk Deutschland im Jahr 2023 von den Kolleg:innen in Bremen und Eisenhüttenstadt in mehreren Sessions zum LkSG und der Durchführung einer Risikoanalyse geschult. Auch wenn nicht alle Standorte den Anforderungen des ResponsibleSteel Standards entsprechen müssen, so wurde die erweiterte Risikoanalyse trotzdem für alle deutschen Standorten angewandt. Somit konnte ein ganzheitliches Risikobild über die Anforderungen des LkSGs hinaus geschaffen werden. Es wurden alle Risiken des LkSGs "ermittelt" und betrachtet. In einem Beispiel erklärt: selbst wenn im deutschen Geschäftsbereich kein Risiko für Zwangsarbeit besteht, so wurde es doch von allen Standorten betrachtet bzw. "ermittelt" und als niedrig eingestuft.

Das angewandte Verfahren für den deutschen Geschäftsbereich wird hier aufgrund der Zeichenbegrenzung nur in verkürzter Version dargestellt. Eine Beschreibung des ausführlichen Verfahrens kann im Eisenhüttenstädter Bericht nachgelesen werden. Alle deutschen Standorte, mit Ausnahme von Bremen, haben das Ampelverfahren der Risikoanalyse angewandt.

Hierfür wurden im ersten Schritt die Risiken gemäß LkSG und RS identifiziert:

Die analysierten Themenfelder umfassen: Umweltrisiken, Management von Leiharbeitern, Lieferkette, Arbeitsschutz, Koalitionsfreiheit, Beschwerdeverfahren, Diskriminierung, Ermüdung, kulturelle Auswirkungen, Landverwaltung, Sicherheitsmaßnahmen, Zwangsarbeit, Kinderarbeit + junge Arbeitnehmende, Löhne + Arbeitszeit, Beschäftigung von Wanderarbeiter:innen.

Die Analyse eines Risikos erfolgt auf Basis von Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit, beide jeweils mit entsprechenden Stärkefaktoren von 1-5. Für die ausführliche Beschreibung, siehe Bericht von ArcelorMittal Eisenhüttenstadt.

Berechnung: Auswirkung * Eintrittswahrscheinlichkeit = Risikoscore.

Niedriges Risiko: 1 - 4; Mittleres Risiko: 5 - 15; Hohes Risiko: 16 - 25

Es wurden insgesamt 185 Risiken betrachtet.

Die Risikoanalyse wird grundsätzlich einmal jährlich unter Einbeziehung aller relevanten Interessensgruppen, d.h. z.B. Prozessverantwortliche, Betriebsrat, Geschäftsführung, MRB, Beschwerdestelle, Compliance Office, Werksschutz u.a. revidiert. Sollte ein Menschen- oder Umweltrecht verletzt werden, wird das Risiko sofort neu eingeschätzt und entsprechende Maßnahmen werden durchgeführt und in der Analyse hinterlegt.

Das in Bremen angewandte Verfahren deckt ebenfalls alle 185 Risiken ab. Hierbei werden die Risiken jedoch nicht nach einem Ampelverfahren, sondern mit einer Einschätzung gemäß "Stärke/Schwäche/Chance/Risiko" bewertet. Das Verfahren ist im Bremer Bericht genau beschrieben.

Das Verfahren für unmittelbare Lieferanten gilt für alle deutschen Standorte:

Identifizierung von Risiken:

In einem ersten Schritt wurden etwa 4k relevante Lieferanten identifiziert, welche auf Menschenrechts- und Umweltrisiken überprüft wurden. Die Berechnung und Identifizierung der Risiken basierte auf anerkannten Schlüsselindizes, die Länder- und Sektorthemen abdecken, z.B. auf dem TDi CAHRA Index für konfliktbetroffene und hochrisiko Länder. Hierbei wurden Themenbereiche wie Arbeitsrechtsverletzungen, grobe Menschenrechtsverletzungen, Konflikte, Korruption und Umweltmanagement abgedeckt. Alle identifizierten Branchenrisiken wurden auf der Grundlage von ESG-Leitfäden von Referenzberatern bewertet.

Risikoanalyse:

Die Lieferanten wurden gemäß der im ArcelorMittal-Due-Diligence-Verfahren festgelegten Berechnung in Lieferanten mit niedrigem, mittlerem und hohem Risiko unterteilt. Beispielsweise werden Lieferanten mit hohem Risiko auf der Grundlage einer Kombination aus einem hohen Länderrisiko und einem hohen Branchenrisiko bewertet. Bei den ESG-Kriterien wird das Länderrisiko mit 50 % und das Branchenrisiko mit 50 % gewichtet. Dieses Verfahren ermöglicht es ArcelorMittal die ermittelten Hochrisikolieferanten zu priorisieren und die Lieferanten aufzufordern, Fragebögen auszufüllen und zusätzliche Informationen zu liefern.

Ermittelte hohe Risiken wurden dann durch zusätzliche Untersuchungen des Verhaltens der Lieferanten, der gesammelten Informationen und Unterlagen usw. bewertet. Eine externe Screening-Datenbank wird zur Unterstützung bei der Bewertung der identifizierten Risiken verwendet. Negativmedienanalysen evaluieren Ereignisse, die sich auf ESG-Themen beziehen, wie

z. B. Probleme in der Lieferkette, Diskriminierung/Arbeitnehmerrechte, Streitigkeiten in der Belegschaft usw. Andere Arten von Beiträgen zur Risikobewertung sind Fragen oder Anfragen, die von externen Interessengruppen eingehen.

Das Compliance-Team von EPO war dafür verantwortlich, die Sorgfaltspflichtprüfung unabhängig durchzuführen und die bereitgestellten Informationen zu bewerten. Bei komplexen Fällen werden im Rahmen eines Eskalationsprozesses Unterstützung durch die Menschenrechts- oder Umweltexperten von ArcelorMittal angefordert, ggf. von betroffenen Standorten.

Der letzte Schritt der Risikoanalyse umfasst die Bestätigung und Überprüfung des Risikoniveaus.

Auch die Risikoanalyse ist Teil des Due-Diligence-Verfahrens für die Qualifizierung neuer Lieferanten. Sie umfasst Fragen zum Standort, zum Qualitätssystem, zu Richtlinien und Verfahren -Menschenrechte, Gesetze, Unternehmenspolitiken- sowie zur Anerkennung des Kodex für verantwortungsvolle Beschaffung. Unabhängig von der jährlichen Risikobewertung werden die Lieferanten in der Qualifizierungsphase bewertet und es wird geprüft, ob bestimmte Ereignisse eine weitere Bewertung erfordern - auf der Grundlage automatischer Warnmeldungen oder von internen/externen Parteien.

Risikobewertung:

Im Rahmen dieses Prozesses werden entweder Abhilfe- oder Präventionsmaßnahmen ergriffen und mit den betroffenen Stakeholdern entsprechend überwacht. Von allen aktiven Geschäftspartnern, die aufgrund der Ergebnisse der Risikoanalyse als potenziell risikoreich eingestuft wurden, wird erwartet, dass sie Aktionspläne ausarbeiten. Zu den wichtigsten Maßnahmen, die eingeführt werden müssen, gehören beispielsweise die Aufnahme spezifischer Klauseln in Verträge, die Schulung von Lieferanten und andere gezielte Maßnahmen, die zu einer unabhängigen Überprüfung, einschließlich Zweit- oder Drittprüfungen, führen könnten.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden im Berichtszeitraum auch anlassbezogene Risikoanalysen durchgeführt?

- Nein

Begründen Sie Ihre Antwort.

Für den deutschen Geschäftsbereich, sowie für unmittelbare Lieferanten, wurden im Berichtszeitraum 2023 keine anlassbezogenen Risikoanalysen durchgeführt, da es hierzu keine relevanten Anlässe gab, die nicht bereits in die Risikoanalyse eingeflossen waren. Für mittelbare Lieferanten lag ebenfalls keine substantiierte Kenntnis für irgendwelche Vorfälle vor. Aus diesem Grund wurden auch hier keine anlassbezogenen Risikoanalysen durchgeführt.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) im eigenen Geschäftsbereich ermittelt?

- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) bei unmittelbaren Zulieferern ermittelt?

- Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater/öffentlicher Sicherheitskräfte, die aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle zu Beeinträchtigungen führen können
- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Missachtung der Koalitionsfreiheit - Vereinigungsfreiheit & Recht auf Kollektivverhandlungen
- Widerrechtliche Verletzung von Landrechten
- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Verbot von Kinderarbeit
- Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns
- Verbotene Produktion und/oder Verwendung von Stoffen im Anwendungsbereich des Stockholmer Übereinkommens (POP) sowie nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen Abfällen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens
- Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber (Minamata-Übereinkommen)

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden die im Berichtszeitraum ermittelten Risiken gewichtet und ggf. priorisiert und wenn ja, auf Basis welcher Angemessenheitskriterien?

- Ja, auf Basis der zu erwarteten Schwere der Verletzung nach Grad, Anzahl der Betroffenen und Unumkehrbarkeit
- Ja, auf Basis des eigenen Einflussvermögens
- Ja, auf Basis der Wahrscheinlichkeit des Eintritts
- Ja, auf Basis weiterer Faktoren: Definitionen von Hochrisikoländern und Hochrisikosektoren auf Basis allgemeingültiger Indizes wie z.B. "TDi CAHRA Index for Conflict Affected and High Risk Countries".

Beschreiben Sie näher, wie bei der Gewichtung und ggf. Priorisierung vorgegangen wurde und welche Abwägungen dabei getroffen worden sind.

Alle aus dem LkSG hervor gehenden potentiellen Risiken wurden von ArcelorMittal Deutschland ermittelt, für den eigenen Geschäftsbereich, sowie für die direkte Lieferkette betrachtet und evaluiert. Die Evaluierung im eigenen Geschäftsbereich erfolgt via eines Ampelsystems bzw. einer SWOT Analyse. Das System wird unter der Frage "1.2. Beschreiben Sie das Verfahren der Risikoanalyse" genauer beschrieben.

Durch die Bestimmung eines Faktors von 1 bis 5 für die Auswirkung eines Risikos, "Basis der zu erwarteten Schwere der Verletzung nach Grad, Anzahl der Betroffenen und Unumkehrbarkeit", und für die Eintrittswahrscheinlichkeit, "Kombination aus "Einflussvermögen" und "Wahrscheinlichkeit des Eintritts", wird ein Risikoscore ermittelt, welcher sich im grünen Bereich "niedriges Risiko", gelben Bereich "mittleres Risiko" und roten Bereich "hohes Risiko" befinden kann. Die Gewichtung eines Risikos erfolgt also auf einer Skala von 1- 25. Risiken im roten Bereich werden mit Priorität behandelt, Risiken im gelben Bereich werden beobachtet. Risiken im grünen Bereich werden trotz ihrer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit in der jährlichen Revision betrachtet. So gibt es zum Beispiel Risiken im grünen Bereich, deren Auswirkung zwar hoch wäre, ihre Eintrittswahrscheinlichkeit aber durch Einhaltung gesetzlicher Vorgaben in Deutschland sehr gering ist. Beispiele hierfür sind "Kinderarbeit oder Zwangsarbeit im eigenen Geschäftsbereich". Diese Risiken werden nicht kategorisch ausgeschlossen, sondern in der jährlichen Risikoanalyse betrachtet und ggf. durch lokale Präventionsmaßnahmen wie zum Beispiel die Schulung des Werksschutzes ergänzt. Die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Risikos wird nicht nur durch äußere Faktoren wie Gesetze auf deutscher- oder europäischer Ebene beeinflusst, sondern auch durch bereits vorhandene interne Maßnahmen wie Betriebsvereinbarungen, Verfahrensanweisungen, Schulungen und Vororttrainings gesteuert.

Risiken in der Lieferkette werden vom Einkauf durch die Kombination aus "Hochrisikoländern und Hochrisikosektoren" gewichtet und priorisiert. Diese Einschätzungen wurden in Kooperation mit einer externen Beratungsfirma vorab definiert und in den von ArcelorMittal genutzten Softwarelösungen hinterlegt. Weitere Informationen zur Vorgehensweise sind unter der Frage "1.2. Beschreiben Sie das Verfahren der Risikoanalyse" zu finden.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Risiken wurden im Berichtszeitraum im eigenen Geschäftsbereich priorisiert?

- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung

Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren

Um welches konkrete Risiko geht es?

Das Risiko "Verletzung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren" wird in der Stahlherstellung mit höchster Priorität behandelt. Im Prozess der Stahlherstellung gilt an jeder Produktionsstufe ständige Wachsamkeit. Aus diesem Grund wird dieses Risiko und alle damit verbundenen Konsequenzen konstant überwacht. Dieses Risiko befindet sich bei allen deutschen ArcelorMittal Standorten im gelben Bereich. Der Grund hierfür sind die Arbeitssicherheitsmaßnahmen vor Ort, zu welchen alle Mitarbeitenden auch regelmäßig geschult werden.

Ein Standortverbund hat für sich das Risiko "Erschöpfung/Übermüdung Mitarbeiter aufgrund hoher Arbeitsbelastung - eigene Struktureinheiten [Arbeitsverdichtung, Krankenvertretung]" als hoch eingeschätzt.

Ein anderer Standort hat das Arbeitsschutzrisiko "Wurden die nach dem Recht des Arbeitsortes geltenden Pflichten des Arbeitsschutzes missachtet?" mit der Konkretisierung "grob fahrlässige oder vorsätzliche Fehlhandlung des Mitarbeiters bei der Ausübung von Arbeitsaufgaben" als hoch eingeschätzt.

Wo tritt das Risiko auf?

- Deutschland

Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung

Um welches konkrete Risiko geht es?

Das Thema "Ungleichbehandlung in Beschäftigung" wird bei ArcelorMittal Deutschland durch die Einhaltung von nationalen Gesetzen wie dem AGG und dem Vorhandensein von Tarifverträgen geregelt.

In der Risikoanalyse wird das Thema "Ungleichbehandlung in der Beschäftigung" zusätzlich aus Sicht eines allgemeinen Diskriminierungsverbots betrachtet. Hierbei wird in der Analyse zwischen

unterschiedlichen Aspekten der Diskriminierung unterschieden:

Alter, ethnische Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Gesundheitsstatus, Gewerkschaftszugehörigkeit, marginalisierte Gruppen, politische Ansichten, Religion, sexuelle Orientierung oder auch soziale Herkunft.

Diskriminierung kann sich in verschiedenen Formen äußern. ArcelorMittal betrachtet die oben genannten Kriterien aus diesem Grund aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Beispiele:

- nicht erkannte / nicht gemeldete sexuelle Belästigung
- Anbringen, Zeigen oder Verbreiten von diskriminierenden oder verletzenden Bildern oder Texten
- Verwendung von gendergerechter Sprache zur Vermeidung von Ungleichheiten
- ungleiche Chancen trotz gleicher Qualifikationen
- Mobbing / Ausgrenzung
- eingeschränkte Weiterbildungsangebote

Unsere Betrachtung des Themas "Ungleichbehandlung bzw. Diskriminierung" zeigt, dass es sich hier um ein ein vielschichtiges und sensibles Themengebiet handelt. Aus diesem Grund wird es von ArcelorMittal Deutschland im eigenen Geschäftsbereich durchweg überwacht und priorisiert, um Präventionsmaßnahmen konstant weiterzuentwickeln und im Fall einer Verletzung des Verbots der Ungleichbehandlung, sofort einschreiten zu können.

Einige Standorte in Deutschland haben durch die Risikoanalyse einen Verbesserungsbedarf in ihrem lokalen Beschwerdesystem aufgezeigt. Grundsätzlich sind alle Standorte an den Konzernprozess und den damit einhergehenden Vorgaben angeschlossen. Lokale Ergänzungen komplementieren das Beschwerdeverfahren. Eine Vereinheitlichung der lokalen Vorgaben an allen deutschen Standorten ist geplant.

Weiterhin hat die Risikoanalyse eine notwendige erhöhte Wachsamkeit beim Thema "Anbringen, Zeigen oder Verbreiten von diskriminierenden oder verletzenden Bildern oder Texten - Nacktkalender, Frauenwitze, Männerwitze, Sprüche mit geschlechtsspezifischen Vorurteilen" signalisiert, da Erfahrungswerte aus der Vergangenheit das Eintreten des Risikofalls belegen.

Ein deutscher Standort hat für sich das Risiko "Fehlende oder unzureichende Politik bzw. Richtlinien zum Thema Anti-Diskriminierung" als hoch eingeschätzt. Das Thema wird in der Grundsatzklärung und im Verhaltenskodex von ArcelorMittal aufgegriffen. Jedoch hat ArcelorMittal Deutschland das Risiko im Maßnahmenplan zur Umsetzung für 2024 aufgenommen.

Wo tritt das Risiko auf?

- Deutschland

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken im eigenen Geschäftsbereich umgesetzt?

- Durchführung von Schulungen in relevanten Geschäftsbereichen
- Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen
- Andere/weitere Maßnahmen: Zertifizierungen und Audits

Durchführung von Schulungen in relevanten Geschäftsbereichen

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/Geltungsbereich).

Zur Minimierung des allgemeinen Arbeitssicherheitsrisikos werden regelmäßig Unterweisungen durchgeführt. Die Unterweisungspflicht wird in Betriebsvereinbarungen an den jeweiligen Standorten festgehalten.

Für Menschen, die aus Sicht der Arbeitssicherheit in kritischen Bereichen arbeiten, gibt es Erstunterweisungen, die u.a. folgende Schwerpunkte enthalten:

- Organisation des Werkes und des Bereichs, besondere Gefährdungen im Bereich, Schutzmaßnahmen und Umfang der Schutzmaßnahmen
- persönliche Körperschutzausrüstung
- Alarmierung der Rettungskette
- Verhalten bei Notfällen und Arbeitsunfällen
- Verhalten bei technischen Störungen
- Informationen über Rettungswege, Verkehrswege, und allg. Sicherheits- und Verhaltensregeln

Hinzu kommen Schulungen im Rahmen von Kampagnen über die ArcelorMittal University. Hierbei handelt es sich um eine E-Learning Plattform, welche allen Mitarbeitenden zur Verfügung steht.

Beschreiben Sie, inwiefern die Schulungen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

- Erst- und regelmäßige Unterweisungen zur Arbeitssicherheit durch Führungskräfte
- Aufnahmen, Dokumentation und Ursachenanalyse von Arbeitsunfällen
- Schulungen gemäß aktueller Vorfälle und Einleitung von Präventions- und Abhilfemaßnahmen bei Bedarf zur Verhinderung weiterer Unfälle

Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/Geltungsbereich).

Die Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen erfolgt bei ArcelorMittal Deutschland via interner sowie externer Audits.

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Interne und externe Audits tragen zur Dokumentation, Umsetzung und Nachverfolgung von Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung prioritärer Risiken bei. Die Wirksamkeit wird durch interne, sowie externe Auditor:innen festgestellt.

Andere/weitere Maßnahmen

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/Geltungsbereich).

Vier deutsche Standorte, Hamburg, Duisburg, Bremen und Eisenhüttenstadt, engagieren sich in der Brancheninitiative "ResponsibleSteel". Ziel der Selbstverpflichtung zur Erfüllung des RS Standards ist es, interne Prozesse von externen Auditor:innen überprüfen zu lassen. Diese Zertifizierungsmaßnahme legt besonderen Wert auf menschrechtliche- und umweltbezogene Risiken im eigenen Geschäftsbereich.

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Audits durch externe Zertifizierungsstellen müssen bestanden werden, um eine Zertifizierung zu behalten. Dazu gehört die Auflösung von ggf. vorhanden Haupt- bzw. Nebenabweichungen. Somit sind externe, aber auch interne Audits, ein wirkungsvoller Hebel zur Überwachung von Maßnahmen und deren Wirksamkeit.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Risiken wurden für den Berichtszeitraum bei unmittelbaren Zulieferern priorisiert?

- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei

Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren

Um welches konkrete Risiko geht es?

Das Risiko "Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren" gilt insbesondere für Fremdfirmen, die an ArcelorMittal-Standorten arbeiten, an denen die Fremdfirmen Gesundheits- und Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Tätigkeiten von ArcelorMittal ausgesetzt sind. Aus diesem Grund wurde dieses Risiko priorisiert. Das Risiko kann wie folgt spezifiziert werden:

- Fahrzeuge und Fahren
- Isolierung
- Enge Räume
- Gasgefährdete Bereiche
- Arbeit in der Höhe
- Kräne und Hebearbeiten
- Bahnsicherheit
- Verbrennungen z.B. durch flüssiges Metall
- Lärm
- Staub
- Gefahrstoffe

Die Fremdfirmen werden auf der Grundlage ihrer Leistungen im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz geführt und arbeiten gemeinsam mit ArcelorMittal kontinuierlich an der Verbesserung ihrer Leistungen.

Der Kontrollprozess sieht wie folgt aus:

1. Technische Lösung
2. Technische Kontrollen
3. Verhalten, z. B. PSA, Standardarbeitsanweisungen

Wo tritt das Risiko auf?

- Deutschland

Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei

Um welches konkrete Risiko geht es?

Verbot von Zwangsarbeit im Zusammenhang mit der Situation der Uiguren und insbesondere der Region Xinjiang. Dieses besondere Risiko stand im Mittelpunkt der Anfragen von Kunden, ob ArcelorMittal Produkte und Dienstleistungen aus bestimmten Regionen bezieht, z. B. die Region Xinjiang in China, die mit Zwangsarbeitspraktiken in Verbindung gebracht wird. Nach entsprechenden Untersuchungen konnte ArcelorMittal bestätigen, dass ArcelorMittal keine Produkte oder Dienstleistungen aus der Region Xinjiang bezieht.

Wo tritt das Risiko auf?

- China

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei unmittelbaren Zulieferern umgesetzt?

- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Schulungen und Weiterbildungen zur Durchsetzung der vertraglichen Zusicherung

Andere Kategorien:

ausgewählt:

- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Schulungen und Weiterbildungen zur Durchsetzung der vertraglichen Zusicherung

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung des prioritären Risikos "Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren" bei unmittelbaren Lieferanten:

- Gemäß STOP-Prinzip: Ersatz, technische Lösungen, organisatorische Maßnahmen, persönliche Schutzausrüstung
- Risikobewertung "HIRA, HIRA light, Last-Minute-Check"
- Standardbetriebsverfahren
- Arbeitserlaubnis für Hochrisikoeinsätze
- Schulungen für Lieferanten, die auf dem Werksgelände arbeiten
- Betriebsprüfungen

Hinzu kommen Erinnerungen an die neue Arbeitsschutzrichtlinie, mit besonderem Augenmerk, dass Mitarbeiter des Auftragnehmers Maßnahmen ergreifen müssen, einschließlich Arbeitsunterbrechungen, wenn die Arbeitsbedingungen unsicher erscheinen.

Die Einkaufsorganisation EPO hat zusätzlich in 2023 mit der Planung und Organisation folgender Maßnahmen begonnen:

1.

Das Einsetzen der DSS+-Kampagne an allen Standorten - DSS+ ist ein führender Anbieter von

Dienstleistungen für nachhaltiges Betriebsmanagement, der ein Audit der Sicherheitspraktiken an AM-Standorten durchführen wird.

2.

Regelmäßige Treffen mit Zulieferern mit verschiedenen Tagesordnungspunkten, darunter auch und vor allem die Sicherheitsleistung unserer Zulieferer, z. B. zeigen und teilen wir auch potenzielle schwerwiegende Vorfälle "PSOs", die in unserer Gruppe passiert sind. Erneuerung des Ansatzes in Bezug auf Partnerschaften und Investitionen der Auftragnehmer in die Sicherheit, ähnlich dem AM-Ansatz.

3.

Es gibt eine klare Politik für Verstöße "Bonus/Malus", die in die lokalen Programme aufgenommen wurde. Zusätzlich wird eine enge Zusammenarbeit durch Treffen auf Managementebene in den Clustern/EPO gefördert.

4.

Wir führen mit den Teams auf unserem Werksgelände und auf dem Gelände des Zulieferers Betriebskontrollen durch.

Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung des prioritären Risikos "Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei" bei unmittelbaren Lieferanten:

- Einbeziehung von ESG-Kriterien als integraler Bestandteil der Kriterien für die Auswahl und Qualifizierung der Direktlieferanten
- spezifische Compliance-ESG-Klauseln im Beschaffungsvertrag basierend auf Länder- und Sektorrisiko
- obligatorische Zertifizierungsanforderungen, z.B. ResponsibleSteel

Es soll sichergestellt werden, dass Lieferanten verstehen, welche Erwartungen von ArcelorMittal ausgehen. Vertragliche Zusicherungen sollen Gewissheit schaffen, dass Lieferanten Risiken in ihrem eigenen Unternehmen und ihrer eigenen Wertschöpfungskette verwalten.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B5. Kommunikation der Ergebnisse

Wurden die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern an maßgebliche Entscheidungsträger:innen kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern gem. § 5 Abs. 3 LkSG an die maßgeblichen Entscheidungsträger:innen, etwa an den Vorstand, die Geschäftsführung oder an die Einkaufsabteilung, kommuniziert wurden.

- Bestätigt

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B6. Änderungen der Risikodisposition

Welche Änderungen bzgl. prioritärer Risiken haben sich im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum ergeben?

Es hat noch keinen vorangegangenen Berichtszeitraum gegeben.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt werden können.

Verletzungen von Risiken können über unterschiedliche Verfahren im eigenen Geschäftsbereich festgestellt werden.

1. Beschwerdeverfahren:

Beobachten Mitarbeitende ein Fehlverhalten, kann dies über unterschiedliche Meldekanäle gemeldet werden.

Hierzu gehören an den deutschen Standorten unter anderem folgende Möglichkeiten (lokale Vorgaben können variieren):

- direkte Meldung bei der Führungskraft, beim Betriebsrat, beim Werkschutz, bei der Werkfeuerwehr oder bei einer Vertrauensperson
- Meldung über das im Intranet verfügbare Beschwerdeformular
- Meldung über das auf der Internetseite verfügbare Kontaktformular
- Meldung per E-Mail oder Anruf
- anonyme Meldung über die zentrale ArcelorMittal Whistleblowing Hotline bzw. über das Eingabeformular der Website des ArcelorMittal Whistleblowing Verfahrens.

2. Audits

- Verletzungen können durch interne, sowie externe Audits festgestellt werden.

3. Unfallmeldungen

4. Öffentliche Meldungen in den Medien

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Wurden für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt werden können.

- Fragebögen
- via Einkäufer auf Seiten ArcelorMittals
- Medienanalysen
- grundlegende Risikoeinschätzung gemäß Länder- und Sektorrisiken
- Beschwerdeverfahren

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Nein

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

In welcher Form wurde für den Berichtszeitraum ein Beschwerdeverfahren angeboten?

- Kombination aus eigenem und externen Verfahren

Beschreiben Sie das unternehmenseigene Verfahren und/oder das Verfahren an dem sich Ihr Unternehmen beteiligt.

Beschwerden können über unterschiedliche Meldekanäle gemeldet werden.

Hierfür steht zunächst das konzernweite Whistleblowingverfahren zur Verfügung. Über dieses System können...

- Verstöße gegen den Verhaltenskodex von ArcelorMittal
- Verstöße gegen Gesetze oder andere Vorschriften
- Verstöße zu den Themen Gesundheit/Arbeitssicherheit/Umweltschutz
- Diskriminierung, Belästigung, Bestechung, Betrug
- Interessenkonflikt
- Unangemessene Geschenke an/von Dritten
- Diebstahl/Missbrauch von Vermögensgegenständen von ArcelorMittal
- Missbrauch von betrieblichen Informationen/Geschäftsgeheimnissen
- Fälschung von Verträgen, Dokumenten, etc.
- Absprachen mit Dritten (Wettbewerber, Kunden, Lieferanten, Dienstleister) zu Lasten von ArcelorMittal

... gemeldet werden. Mit dem Whistleblowingverfahren sollen alle Beschäftigten und auch Interessensgruppen von ArcelorMittal die Möglichkeit haben, ihnen bekannt gewordene Missstände und rechtswidrige Handlungen melden können, ohne dabei den Weg über Vorgesetzte, auch nicht über die Geschäftsführung oder den Betriebsrat wählen zu müssen, da auch Situationen denkbar sind, bei denen es sich um Missstände bzw. Verstöße auf der Ebene der Vorgesetzten bis hin zur Geschäftsführung handeln könnte.

Alle deutschen ArcelorMittal Standorte können auf dieses Verfahren zurückgreifen. Alle Meldungen aus dem Whistleblowingsystem werden unverzüglich an die zuständigen Mitarbeitenden der Teams "Global Assurance" und "Group Compliance" weitergeleitet. Diese Personen sind unabhängig und nicht an Weisungen gebunden. Das konzernweite Verfahren ist per Formular und Telefon erreichbar.

Zusätzlich zum konzernweiten Whistleblowing Verfahren können Beschwerden gemäß lokaler Vorgehensweisen abgegeben werden.

Neben der Whistleblowerrichtlinie ist das Beschwerdeverfahren von ArcelorMittal auch in der Grundsatzerklärung gemäß LkSG für alle Interessengruppen verankert. In der Grundsatzerklärung heißt es: "Im Rahmen unserer externen Kommunikationsmaßnahmen weisen wir ausdrücklich auf unser Beschwerdeverfahren und den Umstand hin, dass dieses auch für Hinweise auf Verstöße gegen menschenrechts- und umweltbezogene Pflichten in der vorgelagerten Lieferkette bereitsteht."

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

Welche potenziell Beteiligten haben Zugang zu dem Beschwerdeverfahren?

- Eigene Arbeitnehmer
- Gemeinschaften in der Nähe von eigenen Standorten
- Arbeitnehmer bei Zulieferern
- Externe Stakeholder wie NGOs, Gewerkschaften, etc
- Sonstige: Zugang haben alle Interessengruppen: eigene und fremde Mitarbeitende, Nachbar:innen, Lieferant:innen, Kund:innen, Gewerkschaften und das politische Umfeld

Wie wird der Zugang zum Beschwerdeverfahren für die verschiedenen Gruppen von potenziell Beteiligten sichergestellt?

- Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform
- Informationen zur Erreichbarkeit
- Informationen zur Zuständigkeit
- Informationen zum Prozess
- Sämtliche Informationen sind klar und verständlich
- Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform

Optional: Beschreiben Sie.

Die Verfahrensordnung ist in einem PDF Format als downloadbare Datei im Internet verfügbar.

Informationen zur Erreichbarkeit

Optional: Beschreiben Sie.

Beschwerden können zu jeder Tag- und Nachtzeit getätigt werden. Die Whistleblowing Hotline von ArcelorMittal ist 24/7 erreichbar, auf Wunsch kann eine Meldung auch, u.a., in deutscher Sprache abgegeben werden.

Informationen zur Zuständigkeit

Optional: Beschreiben Sie.

Nicht-anonyme Hinweise und Beschwerden werden lokal auf ihren Inhalt geprüft und dann den Abteilungen mit der entsprechenden Expertise weitergegeben. Anonyme Hinweise und Beschwerden über das ArcelorMittal Whistleblowing System werden ebenfalls geprüft und dann

von entsprechenden Forensikteams begleitet und nachverfolgt.

Informationen zum Prozess

Optional: Beschreiben Sie.

Der Whistleblower Prozess von ArcelorMittal:

Ermittlungen zu Betrugs- und Korruptionsvorwürfen werden von der Abteilung Global Assurance durchgeführt. Angelegenheiten, die nicht mit Betrug und Korruption zusammenhängen, werden von den entsprechenden internen Funktionen untersucht. Die entsprechenden Berichte über Bedenken, die über die Global Whistleblower Lines geäußert werden, müssen an die Abteilung Global Assurance weitergeleitet werden.

Der Whistleblower Prozess wird durch lokale Verfahren ergänzt.

Sämtliche Informationen sind klar und verständlich

Optional: Beschreiben Sie.

Alle Informationen rund um das Beschwerdeverfahren sind in verständlicher Sprache formuliert. Für alle in Deutschland ansässigen Interessengruppen sind die Informationen in deutscher Sprache verfügbar. Zusätzlich stehen die Informationen rund um das Whistleblowing Verfahren für nicht deutsche Muttersprachler in englischer und vielen weiteren Sprachen zur Verfügung.

Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Optional: Beschreiben Sie.

Die Verfahrensordnung und alle Zugänge zu den Beschwerdeformularen (außer den für interne Mitarbeitende bereitstehende Verfahren an den jeweiligen Standorten), sind für alle möglichen Interessengruppen öffentlich verfügbar. Die entsprechenden Links und Zugänge sind auf der Internetseite der ArcelorMittal Germany Holding zu finden.

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

War die Verfahrensordnung für den Berichtszeitraum öffentlich verfügbar?

Datei wurde hochgeladen

Zur Verfahrensordnung:

<https://germany.arcelormittal.com/icc/arcelor/med/765/765f03ed-7aa6-8146-30bd-f1cd8ab02aa5,11111111-1111-1111-1111-111111111111.pdf>

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Geben Sie die für das Verfahren zuständigen Person(en) und deren Funktion(en) an.

- Vertreter:innen bei Global Assurance und Group Compliance
- Menschenrechtsbeauftragter ArcelorMittal Germany Holding
- Sachbearbeiterin Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz Eisenhüttenstadt (ab 2024 Expertin Nachhaltigkeit)

Es wird bestätigt, dass die in § 8 Abs. 3 LkSG enthaltenen Kriterien für die Zuständigen erfüllt sind, d. h. dass diese die Gewähr für unparteiisches Handeln bieten, unabhängig und an Weisungen nicht gebunden und zur Verschwiegenheit verpflichtet sind

- Bestätigt

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Es wird bestätigt, dass für den Berichtszeitraum Vorkehrungen getroffen wurden, um potenziell Beteiligte vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde zu schützen.

- Bestätigt

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere wie das Beschwerdeverfahren die Vertraulichkeit der Identität von Hinweisgebenden gewährleistet.

Das konzernweite Whistleblowing Verfahren wird von einem Netzwerkbetreiber außerhalb des ArcelorMittal Netzwerks geführt. Hiermit wird eine technische Sicherheit gewährleistet. Das Global Assurance Team ist für Whistleblowing Fälle und deren Handhabung geschult.

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere durch welche weiteren Maßnahmen Hinweisgebende geschützt werden.

Zitat Whistleblowing Richtlinie:

Whistleblowing-Meldungen und anschließende Untersuchungsberichte werden mit äußerster Vertraulichkeit behandelt. Die Informationen werden nur dann an Mitarbeitende oder Dritte weitergegeben, wenn dies für den Zweck der Untersuchung unbedingt erforderlich ist.

Alle an der Whistleblower-Politik beteiligten Mitarbeiter*innen sind verpflichtet, den Inhalt der Meldungen gemäß den geltenden Gesetzen streng geheim zu halten. Jegliche Veröffentlichung von Berichten oder Untersuchungsergebnissen wird entweder durch die/den Vorsitzende*n des Prüfungsausschusses der Gruppe oder durch den Verwaltungsrat genehmigt.

Soweit dies angemessen oder nach geltendem Recht erforderlich ist, hält der Group Head of Global Assurance die externen Prüfer der Gruppe über laufende und abgeschlossene Untersuchungen auf dem Laufenden.

D. Beschwerdeverfahren

D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens

Sind im Berichtszeitraum über das Beschwerdeverfahren Hinweise eingegangen?

- Ja

Führen Sie zu Anzahl, Inhalt, Dauer und Ergebnis der Verfahren näher aus.

Bei ArcelorMittal Deutschland hat es die unten aufgeführten Beschwerden/Fälle gegeben. Die Beschwerden, deren Inhalt und Ergebnisse wurden mit der ArcelorMittal Germany Holding kommuniziert und können wie folgt gruppiert werden:

1.

Ein Standort inkl. Tochterfirmen hatte 4 Beschwerden aus dem Bereich "Ungleichbehandlung in der Beschäftigung", bezogen auf das Themenfeld "Lohnzahlung in Verbindung mit Zeitdaten". Drei von vier Sachverhalten wurden u.a. unter Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten geklärt. Hierfür sind Protokollierungen über alle Prozessschritte und die entsprechenden Festlegungen vorhanden. Das Ergebnis der Verfahren war der Abschluss mit entsprechenden Belehrungen der Mitarbeitenden, die auch schriftlich bestätigt wurden. Die vierte Beschwerde wurde im Ordnungsausschuss behandelt. Der Vorgang wurde ebenfalls mit Protokollierung und Belehrung abgeschlossen.

2.

Ein Standort hatte einen Fall aus dem Bereich "Arbeitsschutz und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren". Bei dem Besuch eines Lagerplatzes eines Partnerunternehmens wurde keine persönliche Schutzausrüstung ausgegeben, was von dem Besucher, internes AM Audit, bemängelt wurde. Daraufhin wurden allen Nachunternehmern die Goldenen Sicherheitsregeln von ArcelorMittal zugesendet, sowie persönliche Schutzausrüstung für Besucher zugelegt.

3.

Ein Standort hatte einen Fall aus dem Bereich "Ungleichbehandlung in der Beschäftigung", im Spezifischen bezogen auf Rassismus. Die Konsequenz war die Entlassung der angestellten Person. Es folgte eine mündliche Belehrung an allen mit diesem Standort verbundenen Niederlassungen.

4.

Ein Standort hatte insgesamt 7 Beschwerden/Hinweise aus dem Bereich "Ungleichbehandlung in der Beschäftigung". Davon war eine Beschwerde ein Hinweis zu einer möglichen Menschenrechtsverletzungen - Diskriminierung gem. AGG/sex. Diskriminierung durch Pin-Up-Kalender - über eine Vertrauensperson anonym eingereicht. Der Hinweis wurde an diesem Standort durch die Sozial Managerin umgehend bearbeitet; ein Fehlverhalten konnte nicht

ermittelt werden. Als präventive Maßnahmen erfolgen Aufklärung u. Sensibilisierung der Führungskräfte sowie der gesamten Belegschaft z.B. mittels Flyer "Null Toleranz" mit klarem Statement gegen Diskriminierung u. mit Hinweis auf das Beschwerdeverfahren.

Im weiteren Jahresverlauf sind sechs Beschwerden zu Diskriminierung gem. AGG eingegangen. Davon erfolgte eine Beschwerde bzgl. sex. Belästigung; was eine Kündigung innerhalb der Probezeit nach sich gezogen hatte. Die anderen fünf Beschwerden erfolgten aufgrund Diskriminierung der Herkunft; z.T. einhergehend mit Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, was zwei Ermahnungen sowie zwei Strafanzeigen gegen Unbekannt wegen § 303 StGB Sachbeschädigung und § 86a StGB nach sich gezogen hatte. Für diesen Standort wurde alle hier genannten Vorfälle innerhalb der vorgeschriebenen Frist von drei Monaten abgeschlossen. Im "Komitee zur Respektvollen Zusammenarbeit" wurden die Vorfälle besprochen u. bewertet. Ein erhöhtes Risiko wurde daraus nicht abgeleitet. Diverse Maßnahmen sind bereits eingeleitet, die es weiter konsequent umzusetzen gilt.

5.

Ein Standort hatte 6 Fälle aus dem Bereich "Verbot der Herbeiführung einer schädlichen Bodenveränderung, Gewässerverunreinigung, Luftverunreinigung, schädlichen Lärmemission". Alle Fälle wurden innerhalb von 1-8h gelöst. Kurzfristige Lösungen wurden erarbeitet, die Einhaltung der Vorgaben ist den Verantwortlichen und Mitarbeitenden mitgeteilt worden.

6.

Ein Standort hatte einen Fall aus dem Bereich "Ungleichbehandlung in der Beschäftigung", im Spezifischen bezogen auf Mobbing. Der Fall wurde im Zeitraum August 2023 - Dezember 2023 gelöst. Die beschwerdeführende Person hat das Unternehmen auf eigenen Wunsch verlassen, die beschuldigte Person wurde gemäß Mobbingprotokoll abgemahnt und es hat ein Gespräch mit der GF stattgefunden.

Am selben Standort hat es einen weiteren Hinweis aus dem Bereich "Ungleichbehandlung in der Beschäftigung" bzgl. Mobbing gegeben. In diesem Fall hat die beschwerdeführende Person mittels Vergleich, Abfindung und Vertragsaufhebung das Unternehmen verlassen. Da nach Aufbereitung der Vorwürfe und Auswertung durch die GF das Mobbing nicht uneindeutig nachgewiesen werden konnte, hat dieser Hinweis keine disziplinarischen Konsequenzen mit sich gezogen. Der Fall wurde im Zeitraum September 2023 - Dezember 2023 aufgearbeitet.

7.

Ein Standort hatte einen Fall aus dem Bereich "Ungleichbehandlung in der Beschäftigung", im Spezifischen bezogen auf rassistische Äußerungen und Gesten. Der betroffene Mitarbeiter wurde gekündigt, die Führungskräfte wurden über den Vorfall und die getroffene Kündigung informiert. Die Führungskräfte haben den Fall zur Besprechung/Belehrung in ihre Bereiche mitgenommen. Der Fall wurde innerhalb von zwei Monaten gelöst.

Zu welchen Themen sind Beschwerden eingegangen?

- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen

Beschreiben Sie, welche Schlussfolgerungen aus den eingegangenen Beschwerden/Hinweisen gezogen wurden und inwieweit diese Erkenntnisse zu Anpassungen im Risikomanagement geführt haben.

Es wurde alles dokumentiert. Konsequenzen und weitere Schritte werden unter 1.1 teilweise bereits erläutert. Die Leitung der jeweiligen Standorte sind für Präventivmaßnahmen und Anpassungen im Risikomanagement verantwortlich.

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existiert ein Prozess, das Risikomanagement übergreifend auf seine Angemessenheit und Wirksamkeit hin zu überprüfen?

In welchen nachfolgenden Bereichen des Risikomanagements wird auf Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft?

- Ressourcen & Expertise
- Prozess der Risikoanalyse und Priorisierung
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren
- Dokumentation

Beschreiben Sie, wie diese Prüfung für den jeweiligen Bereich durchgeführt wird und zu welchen Ergebnissen sie – insbesondere in Bezug auf die priorisierten Risiken - geführt hat.

Das Risikomanagement im allgemeinen wird durch Audits auf seine Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft. Alle unter 1.1 ausgewählten Bereiche sind an 4 Standorten von ArcelorMittal Teil des Auditprozesses gemäß des ResponsibleSteel Standards. Die Angemessenheit und Wirksamkeit werden anhand von unterschiedlichen Faktoren gemessen:

Vergleich mit dem vorherigen Audit:

- Wurden vorherige, während des Audits festgelegte Maßnahmen umgesetzt?
- Gibt es nahtlose Dokumentationen zu Präventionsmaßnahmen und deren tatsächlicher Umsetzung?
- Wurden zum Beispiel bei Arbeitsunfällen Abhilfe- und Folgemaßnahmen eingeleitet?
- Fanden regelmäßige Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen statt? Können diese per Unterschrift und Protokoll nachgewiesen werden?
- Einbeziehung des Einkaufs in den Auditprozess zur Sicherstellung der Anforderungen in der Lieferkette
- Überprüfung eingegangener Beschwerden in Hinblick auf: zu welchen Themen wurden Beschwerden registriert? Wie wurden diese überprüft und behandelt? Welche Konsequenzen lassen sich für den Bereich und/oder das gesamte Unternehmen ableiten? Gab es Belehrungen und/oder weitere Maßnahmen? In welchem Zeitraum wurde die Beschwerde abgearbeitet?

Während des Audits beantwortet das Unternehmen alle, und mehr, der oben genannten Fragen. Die Umsetzung jeglicher Maßnahmen erfolgt auf konstanter Basis gemäß interner Prozesse.

Für alle Standorte, die nicht gemäß ResponsibleSteel zertifiziert sind, gelten die lokalen Standortvorgaben zur Überprüfung des Risikomanagements. Gleichzeitig wird die

menschenrechtliche Risikoanalyse auf Deutschlandebene konsolidiert und ausgewertet. Hierdurch können zentrale Maßnahmen beschlossen und Kampagnen zu unterschiedlichen Themen gestartet werden. Erst durch die Risikoanalyse und Beschwerdesysteme können Stärken und Schwächen in Betriebsabläufen entdeckt werden. Für einen Teil der Standorte ist die Praxis der Risikoanalyse noch erweiterbar.

Für ArcelorMittal Deutschland als Teil des ArcelorMittal Konzerns gilt:

Der Vorstand von ArcelorMittal trägt die Gesamtverantwortung dafür, dass ArcelorMittal einen effektiven Risikomanagementprozess aufrechterhält, welcher Teil der drei Verteidigungslinien und in der Lage ist, bestehende Lücken bei ArcelorMittal zu identifizieren.

First line: Standortmanagement - zu ihnen gehören die Risiken und das Risikomanagement

Second line: Funktionen zur Überwachung von Risiken - Compliance, Abteilung Risikomanagement, CSR, Recht

Third line: Bietet unabhängige Sicherheit - Internal Assurance, Sustainability Committee

Die Funktion „Internal Assurance“ bietet dem Vorstand Sicherheit hinsichtlich der Effizienz und Wirksamkeit des Risikomanagementprozesses.

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existieren Prozesse bzw. Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass bei der Errichtung und Umsetzung des Risikomanagements die Interessen Ihrer Beschäftigten, der Beschäftigten innerhalb Ihrer Lieferketten und derjenigen, die in sonstiger Weise durch das wirtschaftliche Handeln Ihres Unternehmens oder durch das wirtschaftliche Handeln eines Unternehmens in Ihren Lieferketten in einer geschützten Rechtsposition unmittelbar betroffen sein können, angemessen berücksichtigt werden?

In welchen Bereichen des Risikomanagements existieren Prozesse bzw. Maßnahmen um die Interessen der potenziell Betroffenen zu berücksichtigen?

- Ressourcen & Expertise
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren

Beschreiben Sie die Prozesse bzw. Maßnahmen für den jeweiligen Bereich des Risikomanagements.

Zur Überwachung des Risikomanagements stehen Ressourcen und Expertise zur Verfügung. Dazu gehören:

- Benennung eines geschulten Menschenrechtsbeauftragten mit Ernennungsurkunde und festen Aufgaben
- Bestehen des Nachhaltigkeitsausschusses des Vorstands auf Konzernebene
- LkSG Netzwerk aller Standorte, mit Verantwortlichen zu den Sorgfaltspflichten rund um das LkSG

Präventiv wurden unter anderem Menschenrechtsschulungen für Zulieferer entwickelt. Außerdem wurde die Menschenrechtspolitik des Konzerns aktualisiert, wobei Mitarbeitende, lokale Gemeinschaften und weitere Elemente der Wertschöpfungskette erwähnt werden. Das Nachhaltigkeitsteam des ArcelorMittal Konzerns führte 2023 mit Unterstützung eines externen Beraters einen Workshop zum Thema Menschenrechte durch, an dem alle Segmente, einschließlich EPO, teilnahmen, um die wichtigsten Menschenrechtsfragen von ArcelorMittal zu ermitteln. Als Teil von ArcelorMittals Bewertung der Bedeutung der Menschenrechte wurden priorisierte Themen identifiziert.

Präventionsmaßnahmen:

- Aktualisierung der Menschenrechtsrichtlinie:

<https://corporate.arcelormittal.com/media/pohhwshc/arcelormittal-human-rights-policy.pdf>